





## Presseerklärung

Nr. 35/2025 von Mittwoch, den 12.11.2025

Bildungschancen nicht verspielen! - Die schwarz-rote Koalition muss die Kürzungen bei der Lehrkräftebildung zurücknehmen

Berlin fehlen auch in den nächsten Jahren tausende Lehrkräfte. Das hat die kürzlich veröffentlichte Lehrkräftebedarfsprognose noch einmal deutlich gezeigt. Doch anstatt in die Stärkung der Lehrkräftebildung an den Berliner Universitäten zu investieren, wollen CDU und SPD in 2026 und 2027 hier insgesamt 38 Millionen Euro kürzen. Das Abgeordnetenhaus stimmt am 14.11. im Hauptausschuss über den Kürzungsvorschlag der aktuellen Koalition ab.

Die Sonderprogramme "Beste Lehrkräftebildung" und "Steigerung Lehramtsabsolvierende", für die im Haushalt 2025 rund 19 Millionen Euro vorgesehen waren, sollen komplett wegfallen.

Über diese Programme wurde in den letzten Jahren zum einen ein Aufwuchs an Lehramtsstudienplätzen finanziert. Zum anderen wurden die Mittel für die notwendige Verbesserung der Studienqualität ausgegeben, u.a. für eine bessere Verzahnung von Theorie und Praxis, Unterricht mit kleinen Gruppen von Studierenden an der Universität und eine Stelle, die sich um die Gewinnung von Lehramtsstudierenden gekümmert hat. Kevin Gumprecht, Lehramtsstudent und Vertreter von Kreidestaub e. V. befürchtet: "Der Wegfall dieser Maßnahmen wird zu einer Verschlechterung des Lehramtsstudiums in Berlin führen. Bei schrumpfendem Kursangebot ist mir und meinen Kommiliton\*innen ein Rätsel, wie die Regelstudienzeit erreicht werden soll und ob ich überhaupt nach dem Studium fit für den Beruf bin."

Offiziell heißt es von Regierungsseite, die Sonderprogramme würden "in die Hochschulverträge überführt". Doch werden in den geänderten Hochschulverträgen die Zuschüsse für die Hochschulen um mehrere hundert Millionen Euro gekürzt. So steht zu befürchten, dass die Mittel, die bisher für die Stärkung der Lehrkräftebildung vorgesehen waren, komplett wegfallen. Hinzu kommt, dass in den neuen Hochschulverträgen die Ziel-Zahl der Lehramtsabsolvent\*innen (Master of Education) von 2.500 auf 2.200 abgesenkt wird.

"Die Senkung der angestrebten Zahl von Lehramtsabsolvent\*innen wird zusammen mit der Streichung der Sonderprogramme den Mangel an voll ausgebildeten Lehrkräften weiter verschärfen und verfestigen", kritisiert Felicia Kompio von der GEW BERLIN. Dabei liegt nach der neuen Lehrkräftebedarfsprognose des Senats der Einstellungsbedarf an Lehrkräften bis 2031 bei jährlich über 4.000 Vollzeitstellen, ab 2031 immer noch bei fast 4.000. "Sehenden Auges zu wenige Lehrkräfte auszubilden, hat katastrophale Auswirkungen auf die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen und verschärft die sozialen Ungleichheiten", ergänzt ihre Kollegin Nele Hoffschildt.

Zu Beginn des aktuellen Schuljahres waren nur etwa 20 Prozent der neueingestellten Lehrkräfte voll ausgebildete Lehramtsabsolvent\*innen. Mehr als die Hälfte des Einstellungsbedarfs von ca. 4.200 VZE konnte nur durch befristete Einstellungen von Lehrkräften ohne volle Lehrbefähigung abgedeckt werden (ca. 2.176 VZE).

Geschäftsführerin und Pressesprecherin: Ann-Kathrin Mützel (030-21999346) GEW BERLIN • Ahornstraße 5 • 10787 Berlin; www.gew-berlin.de • presse@gew-berlin.de • www.facebook.com/GEW.BERLIN

Die Senatsbildungsverwaltung verschleiert, dass schon jetzt über 1.300 Lehrkräfte (Vollzeitstellen) an den Berliner Schulen fehlen. Durch die Aussetzung der Stunden für den Profilbedarf II und die Erhöhung des Anrechnungsfaktors der Referendar\*innen von 7 auf 10 Stunden fallen 470 Vollzeitstellen rechnerisch aus dem Einstellungsbedarf, ohne dass die entsprechenden Lehrkräfte tatsächlich an den Schulen eingestellt werden. Darüber hinaus sind mittlerweile 500 Lehrkräftestellen für die Einstellung anderer Berufsgruppen umgewandelt worden, ab 2026/27 werden es 700 Stellen sein. Philipp Dehne von Schule muss anders kritisiert: "Der Berliner Senat rechnet den eklatanten Mangel an Lehrkräften bewusst schön und spricht von nur noch 322 fehlenden Lehrkräften. Real sind aber insgesamt 1.300 Stellen nicht durch Lehrkräfte besetzt. Jetzt bei der Ausbildung von Lehrkräften zu kürzen, ist absolut verantwortungslos."

Nele Hoffschildt, Lehrerin und in der GEW BERLIN zuständig für die Lehrkräftebildung, ergänzt: "Die Arbeit von anderen Professionen an Schulen ist enorm wichtig – sie ersetzt aber nicht die Arbeit der Lehrkräfte. Anders gesagt: Ein Medienpädagoge gibt keinen Matheunterricht. Wir brauchen als Lehrer\*innen die Unterstützung anderer pädagogischer Fachkräfte, aber nicht zu Lasten der Stellen für Lehrkräfte."

GEW BERLIN, Schule muss anders und Kreidestaub e. V. fordern, dass

- die Sonderprogramme "Beste Lehrkräftebildung" und "Steigerung Lehramtsabsolvierende" weitergeführt und ausfinanziert werden,
- die Ziel-Zahl von 2.500 Lehramtsabsolvent\*innen pro Jahr in den Hochschulverträgen erhalten bleibt,
- der Berliner Senat in seiner öffentlichen Kommunikation ehrlich und transparent die Zahl der fehlenden Lehrkräfte darstellt,
- die Aussetzung des Profilbedarfs II beendet sowie die erhöhte Anrechnung des Unterrichtsbeitrags der Referendar\*innen sofort zurücknimmt.